

Niederschrift
über die Sitzung des Finanz- und Personalausschusses
am 27.05.2025

Tagungsort: Nowgorod-Raum, EG, Altes Rathaus
Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 18:35 Uhr

Anwesend:

CDU

Herr Tom Brüntrup

anwesend bis 17.55 Uhr
(Punkt 10)

Herr Vincenzo Copertino
Frau Elke Grünewald
Frau Tanja Orlowski
Herr Detlef Werner

anwesend bis 18:30 Uhr

SPD

Frau Brigitte Biermann
Herr Birol Keskin
Herr Björn Klaus
Herr Prof. Dr. Riza Öztürk

Bündnis 90/Die Grünen

Frau Romy Mamerow
Herr Klaus Rees
Herr Janko Spieker
Herr Thies Wiemer

FDP

Herr Jan Maik Schlifter

anwesend ab 17:05 Uhr

AfD

Herr Maximilian Kneller

Die Linke

Herr Dr. Dirk Schmitz

Beratende Mitglieder nach § 58 Abs. 1 Satz 11 GO NRW

Herr Michael Gugat

Schriftführung

Frau Kerstin Gast

Von der Verwaltung:

Herr Stadtkämmerer Kaschel
Frau Wemhöner (Amt für Finanzen)
Herr Vahle (Amt für Personal)
Frau Brüggemeyer, Herr Schachtsiek (Amt für Personal) zu Punkt 11

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Der Vorsitzende Herr Rees begrüßt die Mitglieder des Finanz- und Personalausschusses und die anwesende Verwaltung, explizit Frau Brüggemeyer und Herrn Schachtsiek zu TOP 11.

Herr Rees stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses sowie die ordnungsgemäße Einladung fest.

Herr Rees führt aus, dass 5 Mitteilungen unter Punkt 2 eingestellt und 3 Anfragen und Antworten unter Punkt 3 eingefügt wurden. Punkt 6 und Punkt 21 werden auf Wunsch der Verwaltung heute von der Tagesordnung abgesetzt und sollen am 01.07. beraten werden.

Die Ausschussmitglieder erklären sich mit der Tagesordnung einverstanden.

Herr Rees informiert, dass als Beginn der gemeinsamen Sitzung mit dem Rechnungsprüfungsausschuss zur Vorstellung der gpa-Prüfungsergebnisse am 03.06.2025 17.00 Uhr vereinbart wurde.

Öffentliche Sitzung:

Zu Punkt 1 Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 54. Sitzung des Finanz- und Personalausschusses am 01.04.2025

Beschluss:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der 54. Sitzung des Finanz- und Personalausschusses am 01.04.2025 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 2 Mitteilungen

Siehe Punkte 2.1 bis 2.5

-.-.-

Zu Punkt 2.1 Mitteilung zur Tarifeinigung im öffentlichen Dienst

Der Finanz- und Personalausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

Der Mitteilungstext ist im Informationssystem eingestellt.

-.-.-

Zu Punkt 2.2 Mitteilung zum Punkt 4.3 der Sitzung am 02.12.2024 Haushaltsplan 2025/2026 des Amtes für Verkehr (Radstation)

Der Finanz- und Personalausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

Der Mitteilungstext ist im Informationssystem eingestellt.

-.-.-

Zu Punkt 2.3 Mitteilung zur Grundsteuer

Der Finanz- und Personalausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

Der Mitteilungstext ist im Informationssystem eingestellt.

-.-.-

Zu Punkt 2.4 Mitteilung zur Steuerschätzung

Der Finanz- und Personalausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

Der Mitteilungstext ist im Informationssystem eingestellt.

-.-.-

Zu Punkt 2.5 Mitteilung zum globalen Minderaufwand 2025

Der Finanz- und Personalausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

Der Mitteilungstext ist im Informationssystem eingestellt.

-.-.-

Zu Punkt 3 Anfragen

Siehe Punkte 3.1 bis 3.3

-.-.-

Zu Punkt 3.1 Anfrage der FDP-Fraktion zur Haushaltssperre

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 10305/2020-2025

Die Antwort der Verwaltung ist im Informationssystem eingestellt.

Zu Punkt 3.2 Anfrage der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen zur Einführung eines digitalen Gewerbesteuerbescheides

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 10309/2020-2025

Die Antwort der Verwaltung ist im Informationssystem eingestellt.

Zu Punkt 3.3 Anfrage der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen zum globalen Minderaufwand 2026

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 10310/2020-2025

Herr Spieker erklärt, er habe die Frage zum globalen Minderaufwand 2026 bereits jetzt gestellt, da nach der Sommerpause bis voraussichtlich Mitte November aufgrund der Kommunalwahl keine Sitzungen geplant seien. Im Übrigen erachte er es als nicht wünschenswert, wenn sich die dann neu gewählten Mitglieder gleich zu Beginn der neuen Ratsperiode mit der Thematik befassen müssten. Er wünsche sich daher eine erste Einschätzung noch vor der Sommerpause.

Herr Kaschel macht deutlich, dass man derzeit daran arbeite, den globalen Minderaufwand 2025 zu erbringen und bisher wenige Erkenntnisse habe, die sich auf das Jahr 2026 auswirken könnten. Man werde aus dem derzeit in der Auswertung befindlichen 1. Tertiärsbericht und aus der Steuerschätzung im Oktober weitere Rückschlüsse auf die Entwicklung bis Ende 2025 ziehen können. Dies könne dann als Basis für die Fortschreibung im Jahr 2026 dienen. Der globale Minderaufwand 2026 werde analog zu diesem Jahr dann im Verlauf des Jahres 2026 zu erwirtschaften sein.

Er könne unabhängig davon bereits jetzt eine Haushaltssperre zu Beginn des Jahres 2026 ankündigen, so dass sich in der Beratung von Einspar-

maßnahmen eine gewisse zeitliche Entlastung für die neue Legislatur ergebe.

Die Antwort der Verwaltung ist im Informationssystem eingestellt.

Zu Punkt 4 Anträge

Siehe Punkt 4.1

Zu Punkt 4.1 Antrag der FDP-Fraktion FiPA 27.05.2025 zur Reduzierung der Gebühren für Wochenmärkte

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 10276/2020-2025

Herr Schlifter verweist exemplarisch auf die Beratung zur Stärkung der Stadtteilzentren der BV Stieghorst in der vergangenen Woche. Es zeichne sich ab, dass die Anzahl der Marktbesuchenden weiter abnehme und sich das Einkaufsverhalten der Kundinnen und Kunden verändere. Er plädiere für eine Stärkung der Wochenmärkte als Standortfaktor.

Herr Kaschel verweist darauf, dass ein etwaiger Beschluss vom Rat zu fassen sei und der Finanz- und Personalausschuss nur empfehlen könne. Im Übrigen gelte für die Bemessung der Gebühren grundsätzlich das Kostendeckungsprinzip und eine Unterstützung könne daher allenfalls über eine Bezuschussung erfolgen. Zu Coronazeiten habe man die Marktleute bereits in dieser Form unterstützt.

Herr Brüntrup erklärt eine grundsätzliche Unterstützung sei auch seines Erachtens nur über eine Förderung möglich. Eine heutige Entscheidung sei mit Blick auf die Haushaltssituation und die noch notwendigen Einsparungen allerdings vermessen.

Herr Kneller erachtet eine Unterstützung grundsätzlich als sinnvolle Maßnahme. Dabei dürfe aber selbstverständlich nicht gegen geltendes Recht verstoßen werden. Er schlage in Abänderung des Beschlussvorschlages zunächst einen Prüfungsauftrag an die Verwaltung verbunden mit der Frage vor, ob es andere Entlastungsmaßnahmen gebe, die der Rat beschließen könne.

Herr Schlifter verweist darauf, dass es nach seiner Erinnerung Anfang 2023 Gebührensenkungen für Stadtteilstellen und Sondernutzungen gegeben habe und bittet um eine Erläuterung der Verwaltung, warum dies dann seinerzeit zulässig war.

Herr Werner verweist darauf, dass der Antrag der CDU-Fraktion zur Senkung der Sondernutzungsgebühren um 25 % zum Ziel hatte, dass parallel Kostensenkungspotenziale zu erarbeiten waren. Die Haushaltsberatungen wären ein geeigneter Zeitpunkt, um dann diesen Antrag zu stellen. Angesichts des noch zu erbringenden globalen Minderaufwandes könne man heute keine ungedeckten Subventionen beschließen.

Herr Prof. Dr. Öztürk verweist auf die bereits mehrfach in dieser Angelegenheit gestellten sich ähnelnden Anträge der FDP-Fraktion. Heute fehle ihm die Gegenfinanzierung für eine etwaige Unterstützung.

Herr Schlifter erklärt, er ziehe den Antrag zurück und bitte die Verwaltung stattdessen um Erläuterung der rechtlichen Lage.

Herr Kaschel sagt eine Information des Finanz- und Personalausschusses zu der Thematik zu.

Beschlussvorschlag:

„Zur Stärkung der Wochenmärkte im Innenstadtbereich und in den Außenbezirken reduziert die Stadt Bielefeld die Marktgebühren um 50 %. Die Kalkulation ist dabei so auszurichten, dass eine geringere Zahl teilnehmender Markthändler nicht automatisch zu einer Erhöhung der Gebühren führt. Die Kosten dürfen also nicht auf weniger Händler umgelegt werden.“

zurückgezogen

Zu Punkt 5

Wirtschaftsplan 2025/2026 der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung Bühnen und Orchester der Stadt Bielefeld

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 9924/2020-2025

Beschluss:

Der Finanz- und Personalausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Bielefeld wie folgt zu beschließen:

- 1. Dem Wirtschaftsplan 2025/2026 der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung Bühnen und Orchester der Stadt Bielefeld wird entsprechend der beigefügten Anlage zugestimmt.**
- 2. Der Erfolgsplan mit einem Jahresfehlbetrag von 1.051 TEUR und einem Bilanzergebnis von 0 EUR sowie Vermögensplan und Stellenübersicht werden in der vorgelegten Fassung festgestellt.**
- 3. Die mittelfristige Ergebnis- sowie die Finanzplanung für die Wirtschaftsjahre bis 2028/2029 werden zur Kenntnis genommen.**
- 4. Die Betriebsleitung wird ermächtigt, auf der Basis des genehmig-**

ten Erfolgsplanes 2025/2026 bis zur Verabschiedung des Wirtschaftsplans 2026/2027 Verpflichtungen bis zu einer Höhe von 3.992 TEUR einzugehen (entspricht 70% des für das Wirtschaftsjahr 2025/2026 geplanten spielplanbezogenen Aufwands).

5. Der Höchstbetrag der Kredite zur Liquiditätssicherung, die im Wirtschaftsjahr 2025/2026 zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf 3.000 TEUR festgesetzt.

- einstimmig beschlossen –

/ Die Vorlage ist als Anlage Bestandteil der Niederschrift.

-.-.-

Zu Punkt 6 Stadtwache - Neuer Standort

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 9692/2020-2025

abgesetzt

-.-.-

Zu Punkt 7 Einrichtung eines Schnellbusses Bielefeld - Verl

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 9900/2020-2025

Beschluss:

Der Finanz- und Personalausschuss empfiehlt dem Rat zu beschließen:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, einen Förderantrag für die Einrichtung eines Schnellbusses beim Zweckverband Nahverkehr Westfalen-Lippe (NWL) über einen Förderzeitraum vom 01.07.2025 - 31.07.2030 für die Stadt Bielefeld zu stellen.
2. Die Aufgabenträgerin Stadt Bielefeld wird beauftragt, vorbehaltlich einer Förderzusage zusammen mit dem Aufgabenträger des Kreises Gütersloh, eine Schnellbuslinie zwischen Bielefeld und Verl gemäß dem beigefügten Fahrplan und im Förderzeitraum (01.07.2025 - 31.07.2030), zu veranlassen.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 8

Verwendung der Ausbildungsverkehr-Pauschale nach § 11 a ÖPNVG in 2025

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 9957/2020-2025

Beschluss:

Der Finanz- und Personalausschuss empfiehlt dem Rat die folgende Verwendung der Ausbildungsverkehr-Pauschale nach § 11 a ÖPNVG zu beschließen:

Das bereitgestellte Budget nach Ziffer 6.2 der „Allgemeinen Vorschrift“ wird für das Jahr 2025 auf 97,50 % der Landesmittel festgesetzt.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 9

Verwendung der ÖPNV-Pauschale nach § 11 Abs. 2 ÖPNVG NRW für das Jahr 2025

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 10015/2020-2025

Beschluss:

Der Finanz- und Personalausschuss empfiehlt dem Rat zu beschließen:

Die finanziellen Mittel aus der ÖPNV-Pauschale des Jahres 2025 nach § 11 Abs. 2 ÖPNVG NRW in Höhe von 3.847.405,87 € werden wie folgt verwendet:

- **Ca. 769.500 € werden als Aufgabenträgeranteil zur Verbesserung des ÖPNV eingesetzt.**
- **Die an Verkehrsunternehmen weiterzuleitenden Mittel in Höhe von ca. 3.077.900 € werden zur Finanzierung öffentlicher Dienstleistungsaufträge verwendet.**
- **Die Verwaltung wird beauftragt, die exakte Höhe der Mittelverteilung zwischen den Unternehmen nach Maßgabe der diesbezüglich bestehenden Finanzierungsverträge bzw. -regelungen festzulegen.**

- Sollte der Aufgabenträgeranteil nicht in voller Höhe bis 30.06.2026 verausgabt worden sein, erhält die moBiel GmbH die verbleibenden Restmittel als Betriebskostenzuschuss.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 10

Erhöhung der Schwerbehindertenquote der bei der Stadt Bielefeld Beschäftigten (Beschluss des Sozial- und Gesundheitsausschusses vom 13.05.2025)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 9707/2020-2025/2

Auf Bitte von Herrn Rees führt Herr Kaschel zum Sachstand aus, dass er die Zielrichtung des Antrages grundsätzlich teilen könne, die Quote allerdings als unrealistisch einschätze. Er verweise dazu auf die der Vorlage beigefügte Information der Verwaltung mit den dort dargestellten Entwicklungen. Dies gelte auch für die 8%-Quote, die der Sozial- und Gesundheitsausschuss in Kenntnis der Ausführungen der Verwaltung empfehle. Angesichts der zu erwartenden Abgänge von schwerbehinderten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sei es schon sehr herausfordernd, das jetzige Niveau zu halten. Darüber hinaus müsse man zur annähernden Erreichung der Quote andere Einstellungsgrundsätze, wie beispielsweise „Eignung“ und „Befähigung“, völlig außer Acht lassen. Dies könne nicht gewollt sein. Daher habe er Probleme mit der Beschlussempfehlung.

Herr Werner verweist darauf, dass gerade der Finanz- und Personalausschuss alle Auswirkungen im Blick haben müsse und hier „Realismus“ gefordert sei. Er habe zur Kenntnis genommen, dass das Ziel in den nächsten Jahren nicht zu erreichen sei. Daher könne er sich vorstellen, im Rahmen der nächsten Haushalts- und Stellenplanberatungen einen Beschluss für die Zukunft zu fassen. Er plädiere für eine Streichung der Zahl und der Vorlage eines Maßnahmenkataloges durch die Verwaltung.

Herr Gugat verweist darauf, dass man in Kenntnis möglicher Maßnahmen ein Ziel vorgeben könne und regt ebenfalls die Erarbeitung von Maßnahmen an.

Herr Schlifter erklärt, er könne sich diese Reihenfolge, erst Maßnahmen zu erarbeiten und dann Ziel und Quote festzulegen, ebenfalls vorstellen.

Herr Kneller verweist auf den Leitsatz des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe zur Schaffung „gleichwertiger Lebensverhältnisse aller Menschen in OWL“. Dazu gehöre für ihn auch eine möglichst hohe Beschäftigungsquote von Schwerbehinderten.

Herr Dr. Schmitz erklärt, es sei wünschenswert, dass die Zahl der beschäftigten Schwerbehinderten nicht weiter herunterginge. Daher könne er sich ein ehrgeiziges Ziel in der ursprünglichen Größenordnung vorstellen.

Herr Spieker verweist darauf, dass aus den ergänzenden Unterlagen hervorgehe, dass eine Höchstquote von 7,88 % bzw. vor nicht allzu langer Zeit noch eine Quote von 7,46 % erreicht wurde und fragt, ob man mögliche Maßnahmen mit Prognosen zu erwartbaren Prozentanteilen verbinden könne.

Herr Copertino erklärt, dass nach seiner Erinnerung bei der Beratung im Sozial- und Gesundheitsausschuss die Fluktuation außer Acht gelassen wurde und er sich hier im Finanz- und Personalausschuss die Abkehr von einer prozentualen Zielvorgabe vorstellen könne.

Herr Kaschel bekräftigt, dass die Hälfte der schwerbehinderten Mitarbeitenden in den nächsten 10 Jahren in den Ruhestand gingen und dadurch die Quote deutlich sinken werde. Das Einhalten der gesetzlichen Vorgabe von 5 % sei dadurch schon herausfordernd. Die Messbarkeit von Maßnahmen sehe er auf den ersten Blick nicht, allenfalls sei eine Schätzung einer Bandbreite möglich.

Herr Prof. Dr. Öztürk verweist auf die ausführliche Stellungnahme, die auch dem Sozial- und Gesundheitsausschuss bei seiner empfehlenden Beschlussfassung vorgelegen habe; er könne aber die Ausführungen von Herrn Kaschel aus dem Blickwinkel „Personalausschuss“ durchaus nachvollziehen.

Herr Rees bittet darum, dass die Verwaltung zu möglichen Maßnahmen und deren Auswirkungen sowohl die beteiligten Ausschüsse als auch den Beirat informiert und schlägt die folgende Beschlussfassung vor:

Beschluss:

Der Finanz- und Personalausschuss beschließt:

Die Verwaltung wird beauftragt, im Rahmen der Gesamtstrategie zur Personalgewinnung der Stadt Bielefeld **auf der Basis der aktuellen Schwerbehindertenquote zeitnah einen Maßnahmenkatalog zu erarbeiten, der das Ziel hat, die Quote perspektivisch zu erhöhen.** Hierzu soll regelmäßig **im Finanz- und Personalausschuss**, im Sozial- und Gesundheitsausschuss sowie im Beirat für Behindertenfragen berichtet werden, erstmals zur jeweils ersten Sitzung der kommenden Wahlperiode.

- abweichend vom Beschlussvorschlag einstimmig beschlossen -

-.--

Zu Punkt 11

Bericht zum Personalmanagement 2025

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 10097/2020-2025

Herr Rees verweist auf den im neuen Layout gestalteten Bericht, der im System hinterlegt ist und bittet Herrn Schachtsiek und Frau Brüggemeyer um eine Einführung ins Thema.

Herr Schachtsiek informiert, dass Zahlen und Grafiken jetzt direkt bei den jeweiligen Themenfeldern platziert wurden, um die Informationen übersichtlicher zu präsentieren. Für einen schnellen Überblick seien am Anfang und am Ende des Berichts Kennzahlen zusammengefasst. Der Bericht werde künftig in die Marketingaktivitäten eingebaut.

Er geht darauf ein, dass das Durchschnittsalter bei knapp 46 Jahren liege und sich die Zahl der Beschäftigten, die mindestens 55 Jahre alt seien und in den nächsten 10 Jahren ausscheiden werden, auf 2.084 erhöht habe und der Fokus daher noch stärker auf einer strategischen Personalplanung liege.

Es werden vielfältige Maßnahmen zur Talentgewinnung und -bindung eingesetzt und man sei mit Instagram, Facebook, LinkedIn und XING auf 4 sozialen Netzwerken aktiv. Die aktuell überarbeitete Karriereseite sei die wichtigste Informationsquelle für die Bewerbenden.

Man sei auf den Jobmessen in OWL vertreten und präsentiere dort mit moderner Technik (VR-Brillen, iPads) die Angebote der Arbeitgeberin Stadt Bielefeld. Die Zahl der Auszubildenden steige kontinuierlich. 344 jungen Menschen befanden sich zum Stichtag 31.12.2024 in einer Ausbildung bzw. in einem Dualen Studium.

Die Trainee-Programme im Bereich Verwaltung und IT werden weitergeführt. Die Vorteile des Einsatzes von Werkstudierenden werden von den Fachämtern erkannt und genutzt.

Mit rd. 8700 Bewerbungen auf 390 externe Stellenausschreibungen habe die Zahl der Bewerbungen einen neuen Höchststand erreicht.

Frau Brüggemeyer geht näher auf den Bereich der Personalentwicklung ein. Den großen Herausforderungen des Personalmanagements Digitalisierung, Diversität und Demografischer Wandel werde aktiv begegnet. Auch der Umgang mit dem Klimawandel werde das Personalmanagement beschäftigen.

Auf die weitere Herausforderungen Bürgerorientierung, Budgetrestriktionen sowie Barrieren der Mitarbeitenden werde mit verschiedenen Instrumenten reagiert.

So qualifiziere man verstärkt Führungsnachwuchskräfte und bereite diese auf die Übernahme einer Führungsstelle vor. 219 Führungskräfte werden die Stadt Bielefeld altersbedingt in den nächsten 10 Jahren verlassen.

Fortbildung entwickle sich immer weiter hin zum e-learning, insbesondere zu kurzen „Lernnuggets“ – dies sind Einheiten von 5 bis 15 Minuten, die bei Bedarf angeschaut werden könnten. Im Rahmen des Onboardings seien bereits einige Videos erstellt, die sich die neuen Mitarbeitenden ansehen könnten. Dieser Trend werde im nächsten Jahr aufgegriffen und verstärkt.

Andere individuelle Fortbildungen, z.B. Coachings, Teamentwicklungsmaßnahmen, Führungssprechstunden werden stark nachgefragt. Diese Fortbildungen werden sehr passgenau geplant.

Ein weiteres Handlungsfeld sei das betriebliche Gesundheitsmanagement. So wurde vor zwei Wochen eine Gesundheitswoche durchgeführt. 36 Themen wurden in Workshops, Vorträgen oder sportlichen Mitmachaktionen behandelt. Sehr beliebt war z.B. das HautkrebsScreening. Die Woche werde derzeit ausgewertet. Weiterhin sei geplant, eine digitale Gesundheitsplattform zur Stärkung der mentalen Gesundheit einzuführen.

Herr Rees dankt im Namen des Finanz- und Personalausschusses für die zusätzlichen Erläuterungen und den informativen Personalmanagementbericht. Er habe für sich u. a. erfreulicherweise einen abnehmenden Krankenstand registriert.

Frau Biermann zeigt sich erfreut über die vielen Bewerbenden und fragt, was die Stadt aus deren Sicht besonders attraktiv mache. Herr Schachtsiek nennt die meistgenannten Aspekte „Arbeitsplatzsicherheit“ und „sinnstiftende Tätigkeit für Bielefeld und die Bürgerinnen und Bürger“.

Auf die Frage von Frau Biermann zu Teilzeitführungsstellen antwortet Frau Brüggemeyer, dass es diese gebe und ein weiterer Ausbau angestrebt werde.

Herr Dr. Schmitz hinterfragt die Nutzung von Plattformen; warum sei TikTok nicht aufgeführt? Herr Schachtsiek verweist darauf, dass hier überwiegend sehr junge Menschen aktiv seien und neben uns auch andere Städte das Videoportal „TikTok“ eher kritisch sähen.

Herr Wiemer fragt, ob Werkstudentinnen und -studenten und Auszubildende später auch wiederkehren würden und warum es gerade dort einen steigenden Krankenstand gebe. Herr Schachtsiek bestätigt, dass es Rückkehrende gebe, allerdings locke auch die bessere Bezahlung in der freien Wirtschaft. Der Krankenstand läge unter der vom Städtetag ermittelten Vergleichsquote, aber auch hier gebe es Dienstunfälle, die zu Krankschreibungen führten. Man beobachte die Quote.

Herr Klaus fragt, ob die Stadt Maßnahmen zur Erhöhung der Anzahl Vollzeitbeschäftigter entwickle. Auch damit wirke man dem Fachkräftemangel ein wenig entgegen. Frau Mamerow ergänzt, auch sie könne sich einen restriktiveren Umgang mit Teilzeitbeschäftigung vorstellen. Frau Brüggemeyer erläutert, dass der gesellschaftliche Trend gerade eher gegensätzlich sei. Viele Mitarbeitende äußern – auch bereits direkt nach der Ausbildung – den Wunsch teilzeitbeschäftigt tätig zu sein.

Das Amt für Personal, so Herr Vahle, sei bestrebt die Mitarbeitenden zu halten und komme den Wünschen in den allermeisten Fällen nach – überwiegend im eingesetzten Bereich, alternativ auf einer anderen Stelle in der Verwaltung.

Die Frage von Herr Schlifter zu den Gründen für einen Weggang beantwortet Herr Schachtsiek mit privaten Umzügen, der Verringerung von Wegezeiten und ggf. besserer Bezahlung außerhalb des öffentlichen

Dienstes. Die weitere Frage, ob Homeoffice zurückgefahren werde, wird von der Verwaltung verneint.

Frau Mamerow fragt, warum die Zahl der Kündigungen durch die Stadt steige. Herr Schachtsiek verweist darauf, dass man auch die Arbeitsleistung im Blick haben müsse und dass Fehlverhalten geahndet werde, in einigen Fällen mit einer Kündigung.

Auf die Frage von Herrn Rees zum Sachstand der Arbeitsgruppe „BIEvolution zur Zukunft der Arbeit/Arbeit der Zukunft“ antwortet Herr Kaschel, dass er einen Bericht in der Sitzung am 01.07.2025 anstrebe.

Der Finanz- und Personalausschuss nimmt die Informationsvorlage zur Kenntnis.

Zu Punkt 12

Jährliche Auswertung der Bielefelder Gewerbesteuerfälle nach Branchen

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 9998/2020-2025

Der Finanz- und Personalausschuss nimmt die Informationsvorlage zur Kenntnis.

Zu Punkt 13

Umsetzungsstand Kommunalinvestitionsförderungsgesetz

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 10133/2020-2025

Der Finanz- und Personalausschuss nimmt die Informationsvorlage zur Kenntnis.

Zu Punkt 14

Entwurf des Jahresabschlusses 2024 (Haushalt der Stadt), Ermächtigungsübertragungen aus 2024 nach 2025 und Übersichten über nicht verbrauchte zweckgebundene Erträge

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 10166/2020-2025

Beschluss:

- 1. Der Finanz- und Personalausschuss nimmt den Entwurf des Jahresabschlusses 2024 (Anlagen 1 und 2) zur Kenntnis.**
- 2. Der Finanz- und Personalausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Bielefeld,**
 - a. den Entwurf des Jahresabschlusses ebenfalls zur Kenntnis zu nehmen und gem. § 95 Abs. 5 i. V. m. § 96 Abs. 1 GO NRW zur Prüfung an den Rechnungsprüfungsausschuss zu verweisen,**
 - b. die über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen mit Deckung im Jahresabschluss (Anlagen 3a und 3b) zu genehmigen,**
 - c. die über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen, denen der Stadtkämmerer zugestimmt hat (Anlage 3c), zur Kenntnis zu nehmen.**
- 3. Der Finanz- und Personalausschuss und der Rat der Stadt Bielefeld nehmen entsprechend der Dienstanweisung über die Grundsätze der Ermächtigungsübertragungen vom 11.12.2014 von den Ermächtigungsübertragungen im Jahresabschluss 2024 wie folgt Kenntnis:**
 - a. Die in der Anlage 4 aufgeführten Ermächtigungsübertragungen von 2024 nach 2025 im Ergebnisplan haben ein Gesamtvolumen in Höhe von 16.250.351 €. Die in den Anlagen 5 und 6 aufgeführten Ermächtigungsübertragungen im Finanzplan enthalten ein Gesamtvolumen in Höhe von 47.524.845 €.**
 - b. Im Jahr 2024 wurde die in § 2a der Haushaltssatzung für das Jahr 2024 festgesetzte Kreditermächtigung für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen von 59.274.576 € noch nicht in Anspruch genommen. Davon wurde ein Teilbetrag in Höhe von 49.982.470 € in das Jahr 2025 übertragen.**
 - c. Die in § 2b der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2024 vorgesehene Kreditermächtigung für die Konzernfinanzierung in Höhe von 15.575.000 € wurde in Höhe von 9.790.000 € in Anspruch genommen. Die nicht ausgeschöpfte Kreditermächtigung wird wegen erneuter Veranschlagung im Doppelhaushalt 2025/2026 nicht mehr benötigt.**
- 4. Zusätzlich nehmen der Finanz- und Personalausschuss sowie der Rat der Stadt Bielefeld die in den Anlagen 7a und 7b zum 31.12.2024 aufgeführten Verbindlichkeiten für in 2024 nicht verbrauchte zweckgebundene Erträge (konsumtiv) mit einem Ge-**

samtvolumen in Höhe von 45.667.659,11 € zur Kenntnis.

- einstimmig beschlossen -

/ Die Vorlage ist als Anlage Bestandteil der Niederschrift.

-.-.-

Zu Punkt 15

Unterrichtung über die über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen, denen der Stadtkämmerer zugestimmt hat

Ergänzung zu Protokoll:

Die Frage von Frau Mamerow zu den Kosten für die erhöhten Sicherheitsmaßnahmen für den Empfang von Arminia Bielefeld – Seite 1, Ziffer 4 – kann noch nicht beantwortet werden, da noch keine Rechnungen vorliegen.

Beschluss:

Der Finanz- und Personalausschuss nimmt von den über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen, denen der Stadtkämmerer zugestimmt hat, gemäß Vorlage Kenntnis und weist diese Vorlage ebenfalls an den Rat zur Kenntnisnahme.

-.-.-

Zu Punkt 16

Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen – Bericht der Verwaltung zum Sachstand

Aus vorangegangenen Sitzungen ist nichts zu berichten.

-.-.-